

Meldungen

zusammengestellt
von Jorge Scholz

IWF gewährt Pakistan Kredit in Höhe von 575 Millionen Dollar

Der Internationale Währungsfond (IWF) hat zu Gunsten Pakistans einen Kredit im Volumen von 575 Millionen US-Dollar freigegeben. Eine erste Rate soll im kommenden März überwiesen werden. Dies meldete die englischsprachige Tageszeitung 'Dawn' in ihrer Ausgabe vom 22. Januar unter Berufung auf einen entsprechenden Beschluß des IWF-Exekutivausschusses. Es handelt sich dabei um eine weitere Tranche eines insgesamt 1,5 Milliarden Dollar umfassenden Hilfsprogramms für den Zeitraum 1998 bis 2001, die der IWF im Mai 1998 in Reaktion auf die pakistanischen Atombombentests eingefroren

hatte. Seit dem Stopp der Kreditzahlungen steht Pakistan am Rand der Zahlungsunfähigkeit, da die verfügbaren Devisenreserven kaum noch für den laufenden Schuldendienst ausreichen. Die Regierung in Islamabad begrüßte deshalb die IWF-Entscheidung mit entsprechend großer Erleichterung. Die Finanzspritze setzt sich einmal aus einem in zehn Jahren zu tilgenden 500-Millionen-Dollar-Kredit mit einem jährlichen "weichen" Zinssatz von 0,5 Prozent zusammen, der aus dem 'Enhanced Structural Adjustment Facility' (ESAF) genannten Topf zur Förderung von Strukturanpassungsmaßnahmen stammt. Mit dem Ziel einer Stärkung des wirtschaftlichen Wachstums muß das Empfängerland hierbei weitreichende Auflagen erfüllen, die der Regierung in Sachen

Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik ein enges Korsett anlegen. Der Restbetrag in Höhe von 75 Millionen Dollar mit einer Kreditlaufzeit von zehn Jahren und einer marktnahen Verzinsung von 3,8 Prozent fließt aus einem vom IWF als 'Compensatory and Contingency Financing Facility' (CCFF) bezeichneten Programm, daß der kurzfristigen Überbrückung von Zahlungs- und Handelsbilanzdefiziten eines Empfängerlandes dient. Offiziell begründete der IWF die Aufhebung des Kreditembargos gegen Pakistan mit positiven wirtschaftlichen Indikatoren, die man auf Erfolge der gegenwärtigen Regierung auf dem Gebiet der Fiskal- und Geldpolitik zurückführe. So sei das pakistanische Bruttoinlandsprodukt im abgelaufenen Jahr um 5,4 Prozent gewachsen. Gleichzeitig habe



So sieht der Karikaturist der 'Friday Times' die Wirtschaftslage



Nur knapp entging Premier Sharif einem Bombenanschlag (Foto: 'Outlook')

wird in Pakistan bereits fest damit gerechnet, daß die Armee in Kürze auch die defizitäre Eisenbahngesellschaft sowie ein weiteres staatliches Strom- und Wasserversorgungsunternehmen in Karachi übernehmen könnte.

Premier Nawaz Sharif entkommt Bombenanschlag

Bei der Explosion einer Bombe an der häufig vom Konvoi des Premierministers Nawaz Sharif benutzten Fahrtstrecke auf dem Weg zu dessen außerhalb der punjabischen Provinzhauptstadt Lahore gelegenen privaten Familienlandsitz 'Raiwind' sind am 3. Januar drei Straßenpassanten getötet worden. Zwei Polizisten erlitten schwere Verletzungen. Wie aus einem Bericht der pakistanischen Tageszeitung 'Dawn' hervorgeht, hatten unbekannte Täter den mit einem Zeitzünder versehenen Sprengsatz unter einer Straßenbrücke angebracht, die die Autokolonne des Regierungschefs an diesem Tag überqueren sollte. Die Wucht der Detonation zerstörte die Brücke völlig, verfehlte jedoch den erwarteten Konvoi um mehrere Stunden. Polizeiexperten gingen deshalb in ersten Stellungnahmen davon aus, daß die Aktion nicht wirklich dem Leben des Premierministers galt, sondern vielmehr als massive Morddrohung und als Beitrag zur Destabilisierung der innenpolitischen Lage interpretiert werden müsse. An einem terroristischen Hintergrund bestehe jedoch kein Zweifel, da baugleiche Bomben im vergangenen Jahr auch bei zwei blutigen Anschlägen auf vollbesetzte Züge zum Einsatz gekommen seien. Der Polizeichef von Lahore wird von der pakistanischen Presse mit den Worten zitiert, daß es sich um einen Sabotageakt handele, den der indische Geheimdienst RAW (Research and Analysis Wing) verübt habe. Nawaz Sharif selbst wollte im Rahmen einer Pressekonferenz nicht ausschließen, daß der Anschlag auch im Zusammenhang mit den kurz zuvor von der Regierung angekündigten Maßnahmen zur Bekämpfung des religiös motivierten Terrorismus im Land stehen könne.

sich in den letzten zwölf Monaten die Inflationsrate von deutlich über zehn Prozent auf unter acht Prozent abgeflacht, hieß es in Washington. Unbeeindruckt von diesen Zahlen - deren Zuverlässigkeit zudem von pakistanischen Kommentatoren bezweifelt wird - werteten Beobachter die IWF-Maßnahme jedoch in erster Linie als politische Entscheidung, um vor dem Hintergrund der Turbulenzen in Lateinamerika und Rußland die drohende Eskalation in einem weiteren wirtschaftlichen Krisenherd zu verhindern.

Armee übernimmt WAPDA

In einem beispiellosen Vorgang hat die pakistanische Regierung Ende letzten Jahres eine staatliche Behörde der direkten Kontrolle der Armee unterstellt. Dies geht aus einem Hintergrundbericht der 'Far Eastern Economic Review' hervor. Betroffen ist die einst allmächtige 'Water and Power Development Authority' (WAPDA), der das gesamte Bewässerungssystem des Landes sowie die staatlichen Energiekonzerne unterstehen. Hinter der Aktion steht nach Recherchen des Blattes der verzweifelte Versuch, die vom Bankrott bedrohte und von zahlreichen Korruptionsskandalen erschütterte Schlüsselbehörde doch

noch vor dem endgültigen Bankrott zu retten. Zu diesem Zweck ernannte Premierminister Nawaz Sharif den bisher für das pakistanische Atomwaffenprogramm verantwortlichen Generalleutnant Zulfiqar Ali Khan zum neuen WAPDA-Vorsitzenden. Den Posten des Vizechefs bekleidet seit kurzem ein Generalmajor. Auch die Spitzen von acht neugegründeten regionalen Tochtergesellschaften, die ab sofort die Stromversorgung übernehmen sollen, wurden mit hohen Offizieren besetzt. Um die Behörde wieder arbeitsfähig zu machen, rückten am 21. Januar auch auf allen übrigen Ebenen insgesamt rund 35.000 Soldaten in die WAPDA-Amtsstuben ein. Um Unruhen unter den zivilen Angestellten zu verhindern, suspendierte die neue militärische Führung gleichzeitig die WAPDA-Gewerkschaft für die Dauer von zwei Jahren. Außerdem wurden Militärgerichte gegründet, die sich um die Bekämpfung der weitverbreitete Kriminalität rund um unbezahlte Stromrechnungen, illegales Anzapfen von Stromleitungen und Korruptionsdelikte kümmern sollen. Eine weitere wichtige Aufgabe der frischgebackenen Manager in Uniform soll das Eintreiben der gigantischen finanziellen Außenstände der Behörde sein.

Sollte das Experiment erfolgreich sein,

gibt es keine weiteren Informationen zu diesem Artikel.

Streit mit USA um pakistanische F-16-Jets beigelegt

Das jahrelange diplomatische Tauziehen zwischen Pakistan und den USA um das Schicksal eines von Islamabad be-

stellten und bereits bezahlten - aber von Washington wegen eines 1990 gegen Pakistan verhängten Waffenembargos nicht ausgelieferten - Kontingents amerikanischer F-16-Kampfflugzeuge ist beendet. Beide Seiten verständigten sich auf eine finanzielle Entschädigung zugunsten Pakistans im Gesamtvolumen von rund 464 Millionen Dollar. Dies geht aus pakistanischen Presseberichten hervor, die das amerikanische Außenministerium am 29. Dezember offiziell bestätigte. Ein Betrag von 324 Millionen Dollar ist demnach bereits an die pakistanische Staatsbank überwiesen worden. Die übrigen 140 Millionen Dollar soll Pakistan offenbar in Form von Warenlieferungen erhalten. So kündigte ein amerikanischer Regierungssprecher in diesem Kontext an, daß über das Jahr 1999 verteilt insgesamt 400.000 Tonnen US-Weizen im Gegenwert von 60 Millionen Dollar in Pakistan eintreffen werden. Eine vertragliche Vereinbarung über die Verwendung der restlichen 80 Millionen Dollar stehe noch aus, hieß es in Washington.

Die fraglichen F-16-Maschinen selbst, die seit einem Jahrzehnt - bereits mit den pakistanischen Hoheitszeichen versehen - auf einem amerikanischen Luftwaffenstützpunkt parken, sollen nun in den Besitz der Luftstreitkräfte Neuseelands übergehen. Mit dem Erlös wollen die Amerikaner zumindest teilweise ihre Entschädigungszahlungen an die Adresse Pakistans refinanzieren.

Der Durchbruch im Dauerkonflikt mit den USA rund um den geplatzten F-16-Waffendeal, der in den achtziger Jahren vor dem Hintergrund der Besetzung Afghanistans durch die Sowjetunion eingefädelt worden war, gelang nach Einschätzung von Beobachtern Anfang Dezember während einer mehrtägigen USA-Reise von Premierminister Nawaz Sharif. Der pakistanische Regierungschef war bei dieser Gelegenheit wiederholt mit Präsident Clinton, Außenministerin Albright und weiteren wichtigen Repräsentanten der US-Administration zusammengetroffen. Im Mittelpunkt der Gespräche standen zwar laut veröffentlichtem Programm vor allem Fragen rund um das pakistanische Atomwaffenprogramm sowie die Erörterung der sicherheitspolitischen Probleme in Südasien und in Afghanistan. Doch pakistanische Kommentatoren werteten insbesondere die einvernehmliche Lösung der F-16-Frage als einzigen wirklich greifbaren Erfolg des Sharif-Besuchs in den USA. Neben einer allgemeinen Verbesserung des Klimas in den zuletzt äußerst angespannten bilateralen Beziehungen beider Länder verspricht man sich davon mit Blick auf die millionenschwere Finanzspritze und die Nahrungsmittellieferungen vor allem spürbare Entlastung für

den stark defizitären Staatshaushalt und die chronisch negative Handelsbilanz.

Raketentest abgesagt

Pakistan hat am 22. Januar den geplanten Test einer ballistischen Mittelstreckenrakete vom Typ 'Ghauri' abgesagt. Damit reagierte die Regierung in Islamabad auf indische Presseberichte, wonach auch New Delhi unter wachsendem internationalen Druck auf einen ursprünglich auf den 26. Januar angesetzten Test einer neuen Langstreckenversion seiner ballistischen Agni-Rakete verzichtet habe. Ob die in letzter Minute erreichte Unterbrechung einer weiteren Spirale im indisch-pakistanischen Rüstungswettlauf um die Entwicklung weitreichender kernwaffentauglicher Trägersysteme von Dauer sein wird, dürfte in hohem Maße von den Verhandlungsergebnissen einer hochrangigen amerikanischen Regierungsdelegation unter Führung von US-Vizeaußenminister Strobe Talbott abhängen, die Ende Januar/Anfang Februar Indien und Pakistan besuchen sollte (nach Redaktionsschluss). Als Begleiter Talbotts waren unter anderem der für die Region Südasien verantwortliche US-Unterstaatssekretär Karl Inderfurth sowie der stellvertretende Vorsitzende des amerikanischen Generalstabs, General Joe Ralston, vorgesehen. Im Anschluß an die Visite der Clinton-Emissäre soll noch im Februar in der indischen Hauptstadt auf der Ebene der Außenminister eine neue Runde direkter indisch-pakistanischer Regierungsverhandlungen stattfinden.

Hinweis!

Register für 1998 erscheint im nächsten Heft.